

MEDIEN-INFORMATION

Dienstag, den 5. September 2006

Junge Union: Zukunftsfähige Energiepolitik ist Vorsorge für kommende Generationen

Zum Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union über eine zukunftsfähige Energiepolitik erklärt der energiepolitische Sprecher der Jungen Union Deutschlands, Michael Radomski:

„Energie ist ein Schlüsselfaktor moderner Industrienationen und in mehrerer Hinsicht mit der Bildung vergleichbar. Die Vernachlässigung der beiden wirkt sich erst mit zeitlicher Verzögerung aus, hat dann aber teils irreversible Folgen. Hier ist besonders die junge Generation gefordert, Missstände zu erkennen und Lösungen einzufordern, weil vor allem sie die langfristigen Folgen falscher Entscheidungen tragen muss. Neben dem wirtschaftlichen Schadenspotential bedrohen Fehler in der Energiepolitik besonders die soziale Struktur, da hohe Energiekosten in erster Linie und überproportional wirtschaftlich schwache Personen und Familien belasten.

Der Maßstab für eine zukunftsgerechte Energiepolitik ist der Dreiklang aus Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. Unter den gegebenen technischen Bedingungen ergeben sich dabei Zielkonflikte, die einem überzeugenden Energiekonzept entgegenstehen. Die einzige Möglichkeit, langfristig und im globalen Maßstab allen drei Zielen gerecht zu werden, liegt in Innovationen bei der Energieerzeugung und -distribution.

Da auch in Zukunft die Energieversorgung nur durch einen breiten Mix unterschiedlicher Energieträger gesichert werden kann, müssen Forschung und Entwicklung in einem umfangreichen Programm in alle Richtungen betrieben werden. Dazu gehören von der Geothermie und der Biomassennutzung über die ‚CO₂-freie‘ Energiegewinnung aus Kohle, die Kernkraft- und die Kernfusionsforschung bis hin zu intelligenten Stromnetzen alle bewährten, innovativen sowie zukünftigen Energieträger und Infrastrukturen. Die einseitige Förderung des Einsatzes von Wind- und Solarstrom ist dagegen nicht zukunftsfähig, da dieser für die sichere und wirtschaftliche Grundlastversorgung einer Industrienation auch langfristig ungeeignet ist und Investitionen in anderen Bereichen behindert.

Damit Deutschland sich nicht noch mehr von seiner früheren Spitzenrolle entfernt, müssen politisch Voraussetzungen für eine starke Forschungsbereitschaft und die Möglichkeiten dazu geschaffen werden. Von staatlicher Seite ist eine zentrale und strategische Koordination aller notwendigen Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen sicherzustellen. Einhergehend mit der Bündelung der Verantwortlichkeit für die Energiepolitik in einem Bundesministerium ist eine solche Stelle mit entsprechenden Kompetenzen zu schaffen.“

Die Beschlüsse „Anforderungen an eine zukunftsfähige Energiepolitik“ sowie „Energiepolitisches Papier der JU Deutschlands“ von 2005 sind unter www.junge-union.de abrufbar.